

EDITORIAL

Demokratie unter Druck

Funktionierende demokratische Institutionen und gesicherte demokratische Rechte bilden die Voraussetzung für die Artikulation und Vertretung von Arbeitnehmer:inneninteressen. Die aktuelle WISO-Ausgabe „Demokratie unter Druck“ widmet sich aus einer kritisch-wissenschaftlichen Perspektive aktuellen Gefährdungen, aber auch potenziellen Weiterentwicklungsmöglichkeiten von Demokratie. WISO mit einem breiten Verständnis von Sozial- und Wirtschaftspolitik bietet für diese unterschiedlichen (gesellschafts-)kritischen Ansätze aus aktuellem Anlass ein Forum.

Die Politikwissenschaftlerin Tamara Ehs und die Sozialwissenschaftlerin Martina Zandonella behandeln in ihrem Beitrag „Wessen Demokratie verteidigen?“ die Frage, welche sozialen Schichten in der gegenwärtigen Demokratie in Österreich gut repräsentiert sind und welche nicht. Die empirische Basis ihres Beitrags ist eine aktuelle Studie im Auftrag der Arbeiterkammer Wien. Die Ergebnisse können aber ohne Weiteres auf Gesamtösterreich skaliert werden. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden ökonomischen Ungleichheit nehmen Angehörige der unteren Einkommenschichten tendenziell immer weniger an Wahlen teil, weil sie den Eindruck gewonnen haben, dass Politik sich ohnehin nicht um ihre Belange kümmert. Hinzu kommt der formale Ausschluss von politischer Partizipation aufgrund einer nichtösterreichischen Staatsbürgerschaft. Viele dieser langfristig in Österreich lebenden Personen sind in typischen Arbeiter:innenberufen tätig – der Ausschluss aufgrund des Migrant:innenstatus hat daher auch eine klassenspezifische Dimension. Die Alternative zur gegenwärtigen Situation ist nach Tamara Ehs und Martina Zandonella die Stärkung der Repräsentation der unteren Klassen in den bestehenden demokratischen Institutionen.

Der Frage nach dem Zusammenhang zwischen neoliberalen Entwicklungen in der Arbeitswelt und demokratiegefährdenden

Einstellungen widmet sich ein Forscher:innenteam kritischer Psycholog:innen an der Universität Innsbruck rund um Christine Unterrainer. Neoliberalismus wird von ihnen nicht ausschließlich als wirtschaftspolitisches Konzept, sondern weitergehend als subjektive Ideologie verstanden, die Wettbewerb, Individualismus und Instrumentalität als Basis setzt und andere, prosoziale Handlungsorientierungen a priori als unrealistisch oder unwirtschaftlich ausscheidet. Die Autor:innen zeigen in ihrem Beitrag empirisch auf, dass die subjektive Internalisierung neoliberaler Überzeugungen stark mit demokratiegefährdenden Einstellungen wie etwa gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit korreliert. Umgekehrt bietet die Arbeitswelt aber auch die Chance zur Stärkung demokratischer Kompetenz, wie Unterrainer und Kollegen am Konzept der organisationalen Demokratie und an empirischen Beispielen demonstrieren.

Im inhaltlichen Anschluss an den Beitrag Ehs/Zandonella diskutieren Tobias Doppelbauer und Dirk Lange eine verbesserte demokratische Kultur aus einer bildungswissenschaftlichen Perspektive. Das Konzept der „Inclusive Citizenship“ baut dabei auf der Unterscheidung von Demokratie als Herrschaftsform einerseits und als Gesellschafts- und Lebensform andererseits auf. Einer Gesellschaft, die systematisch Ausschlüsse unter anderem nach Ethnizität, Klasse, Geschlecht oder Statuszuschreibungen produziert, setzen sie Zugehörigkeit schaffende Deutungs- und Sinnstiftungsangebote entgegen. Inclusive Citizenship in der Arbeitswelt bedeutet nach den Autor:innen, prekäre, Mitbestimmung verhindernde Organisationsstrukturen von Unternehmen kritisch in den Blick zu nehmen und den (prekarierten) Arbeiter:innen Mittel in die Hand zu geben, diese zu überwinden.

Birgit Sauer, Politikwissenschaftlerin, reflektiert in ihrem Beitrag über die zunehmende Anti-Gender-Bewegung, deren komplexe Ursachen sowie deren potenziell demokratiegefährdende Konsequenzen. Die starke Ablehnung von Gender als wissenschaftliches Konzept geht einher mit einem Beharren auf einer strikten Zweigeschlechtlichkeit

EDITORIAL

und einer damit verbundenen sozialen Hierarchie. Gleiche Teilhabe von Frauen in der Arbeitswelt ist für die Anti-Gender-Bewegung kein Thema, vielmehr wird eine Wahl zwischen Mutterschaft oder Erwerbstätigkeit propagiert. Die Ursachen für die weitreichende Resonanz der Anti-Gender-Mobilisierung sieht Birgit Sauer in der Verunsicherung schaffenden neoliberalen Transformation der Gesellschaft, die verzerrt als Krise der Männlichkeit (fehl-)gedeutet wird. Aufgrund der fehlenden Kinderbetreuungs- und Pflegeinfrastruktur ist die Wiederherstellung der Eindeutigkeit zwischen den Geschlechtern auch für bestimmte Frauen attraktiv, so die Politikwissenschaftlerin. Gender wird zudem als emotionales und emotionalisiertes Thema von demokratiegefährdenden politischen Akteur:innen aufgegriffen und für weitergehende Ziele instrumentalisiert.

Rechtsextremismus tritt mitunter als Jugendbewegung in Erscheinung. Auch wenn generell nicht davon gesprochen wird, dass dieser unter Jugendlichen stärker verbreitet ist als unter Erwachsenen, gibt es doch sozialisationsspezifische Gefährdungen, mit denen sich der Rechtsextremismus-Experte des DÖW (Dokumentationsarchiv des österreichischen Widerstands), Andreas Peham, auseinandersetzt. Rechtsextremismus ist als klar strukturiertes Sinnstiftungsangebot zu verstehen, das Jugendlichen angesichts adoleszenter Krisen Sicherheit und Geborgenheit verspricht. Peham weist darauf hin, dass diese Ideologie als Zuspitzung und Radikalisierung neoliberaler Alltagsideologien der Instrumentalität und des Wettbewerbs, welche den Hass auf Schwächere nahelegen, verstanden werden kann. Präventionsarbeit muss dem Autor zufolge nicht nur Wissen vermitteln, sondern muss die subjektive Funktionalität der rechtsextremen Ideologien berücksichtigen und die sozialen und politischen Kompetenzen von Jugendlichen vergrößern.

Im WISO-Praxisforum beschreiben zunächst die Gewerkschafter Wolfgang Gerstmayr und Helmut Ruß aus der GPA OÖ die zunehmende Tendenz zum „Union Busting“ in Oberösterreich. Beschäftigte, die einen Betriebsrat gründen wollen, werden auf vielfältige Weise

unter Druck gesetzt. Dazu zählen Kündigungen genauso wie das Suchen nach vermeintlichen Schwachstellen in der Vita sowie Drohungen gegenüber der gesamten Belegschaft. Dies steht im offenen Widerspruch zum Arbeitsverfassungsgesetz, das Beschäftigten die Betriebsratswahl nicht nur ermöglicht, sondern auch explizit dazu verpflichtet. Die derzeitigen gesetzlichen Sanktionsmöglichkeiten gegen derart undemokratisches Verhalten werden von den Autoren insgesamt als zahnlos eingestuft. Die Autoren erachten daher eine Verbesserung des arbeitsrechtlichen Schutzes für erstmalige Betriebsratskandidat:innen in Verknüpfung mit strafrechtlichen Verschärfungen für Unternehmer:innen bei Rechtsverletzungen für unabdingbar.

Im zweiten Praxisbericht berichten Michael Hinterberger und Karin Mach, Expert:innen in der Abteilung Bildung, Jugend und Kultur der AK OÖ, über das „Hermann-Langbein-Symposium“, eine traditionsreiche Veranstaltung, die seit 2012 jährlich in der Arbeiterkammer Oberösterreich stattfindet. Das Symposium ist sowohl Weiterbildungsveranstaltung für Pädagog:innen als auch ein Forum, um zeitgeschichtliches Wissen und politisches Bewusstsein bei Schüler:innen zu fördern. Eine wichtige Rolle spielen dabei die Zeitzeug:innendialoge mit Überlebenden des Nationalsozialismus, wie etwa mit der 92-jährigen Mühlviertlerin Anna Hackl, in denen die jungen Menschen im Sinne einer „oral history“ von „unten“ Einblick in die Lebensrealitäten der damaligen Zeit bekommen. Im Projekt „Bücher für Demokratie“ bekommen Schulklassen jährlich ein ausgewähltes Buch mit zeitgeschichtlichem Bezug zu Verfügung gestellt, zu dem die Schüler:innen dann Projekte entwickeln, in denen die Schüler:innen das Gelesene mit eigenen Erfahrungen von Ungerechtigkeit und Ausgrenzung verknüpfen bzw. Verbindungen zu aktuellen Ereignissen in der Welt herstellen. Die AK OÖ versteht sich – auch aus ihrer eigenen Geschichte des Verbots der freien Gewerkschaften im Austrofaschismus und der Auflösung der Arbeiterkammern im Nationalsozialismus – als ein Ort und eine Institution des „Erlernens von Demokratie“, so die Autor:innen.

Abschließend werden in dieser WISO-Ausgabe zwei preisgekrönte Arbeiten aus dem AK OÖ-Wissenschaftspreis 2023, der unter der Prämisse „Sozial gerechter Klimaschutz“ stand, vorgestellt: Die Stadtgeographin und politische Bildnerin Ruth Fartacek beschäftigt sich mit der Frage, wie eine „Just Transition“ am Mietwohnungsmarkt aussehen könnte. Und die Juristin Iryna Sauca behandelt das Thema, wie sachpolitische Aspekte bei öffentlicher Auftragsvergabe in Österreich effektiver berücksichtigt werden können.

Die WISO-Redaktion